

BGE



Unsere Position

Wir Piraten setzen uns für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens [BGE] ein.

Dazu wollen wir eine Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag gründen, deren Ziel die konkrete Ausarbeitung und Berechnung neuer sowie die Bewertung bestehender Grundeinkommens-Modelle sein soll. Für jedes Konzept sollen die voraussichtlichen Konsequenzen sowie Vor- und Nachteile aufgezeigt und der Öffentlichkeit transparent gemacht werden. Fernziel ist dann eine Volksabstimmung.

Bis zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens setzen sich die PIRATEN für einen bundesweiten, gesetzlichen – nicht unbedingt einheitlichen – Mindestlohn ein.

Argumente

- Ohne Arbeitszwang keine Abhängigkeit, Erpressbarkeit, Lohndumping etc. und damit Selbstregulierung der Gehälter nach Bedürfnis der Gesellschaft (Selbstregulierung des Maktes)
- Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe
- Keine Diskriminierung der ALG-2-, (Hartz IV-) u. Sozialhilfeempfänger
- Keine Alters- und Kinderarmut
- Minimierung von Verwaltungskosten und Bürokratie
- Arbeit kann durch frei gewählte Lebensaufgaben ersetzt werden

Ja, aber ...

... das ist doch nicht zu bezahlen!

Was die zu erarbeitenden Modelle kosten werden, wird erst nach den Ergebnissen der Enquete-Kommission feststehen. Und erst dann kann man darüber entscheiden, ob das zu bezahlen ist.

... dann würde ja keiner mehr arbeiten!

Doch. Denn um sich "Luxus" zu gönnen, muss man etwas dazu verdienen. Außerdem kann Arbeit Spaß machen, erfüllen, befriedigen.

Datenschutz



Unsere Position

Der Schutz der Privatsphäre und der Datenschutz gewährleisten Würde und Freiheit des Menschen. Die überwachte Gesellschaft entsteht momentan allein dadurch, dass sie technisch möglich geworden ist und den Interessen von Wirtschaft und Staat gleichermaßen dient.

Jedem Bürger muss das Recht auf Anonymität garantiert werden. Das Briefgeheimnis soll erweitert werden zu einem generellen Kommunikationsgeheimnis.

Keine verdachtsunabhängige Vorratsdatenspeicherung!

Informationelle Selbstbestimmung für die Bürger.

Argumente

- Sonst totaler Überwachungsstaat
- Sonst Anpasstheit des Einzelnen
- Sonst freie Meinungsäußerung und Demokratie gefährdet
- Nicht alle Bürger unter Generalverdacht stellen
- Für die Unschuldsvermutung!

Ja, aber ...

... wie verhindern wir dann Terroranschläge?

Indem nur im konkreten Verdachtsfalle solche Daten gespeichert werden. Und: Nicht überall, wo Terror drauf steht, ist auch Terror drin!

... ich habe doch nichts zu verbergen?

Vielleicht, aber alle gesammelten Daten können verloren gehen oder gar absichtlich missbraucht werden.

Drogen



Unsere Position

Von Alters her sind Rausch und Sucht Bestandteil jeder Kultur. Diese Tatsache erfordert es, sich vorurteilsfrei mit dem Konsum von Genussmitteln und dessen Folgen auseinanderzusetzen, um mit einer pragmatischen Suchtpolitik Schaden von der Gesellschaft abzuwenden.

Die bisherige, repressive, vorwiegend auf Abstinenz abzielende Drogenpolitik ist offensichtlich gescheitert: Sie schuf einen Schwarzmarkt, der weder Jugend- noch Verbraucherschutz kennt und die Rechte von Nichtkonsumierenden ignoriert.

Argumente

- Legalisierung ist keine zügellose Freigabe
- Keine Pro-Drogen Kampagne!
- Kontrollierte Abgabe an besonderen Ausgabestellen
- Kontrollierte, reine "Produkte", mit bekanntem Wirkstoffgehalt (Inhalt).
- Entkriminalisierung, weniger Beschaffungskriminalität.
- Schwarzmarkt verursacht unterschiedliche Qualität von Drogen

Ja, aber ...

... dann haben wir bald Drogentourismus.

Natürlich muss der Erwerb kontrolliert erfolgen und mit Aufklärung einhergehen.

... dann wird es viel mehr Süchtige geben.

Aufklärung der Bürger! Länder, in denen eine Legalisierung stattgefunden hat, zeigen einen Rückgang der Probleme, z.B. Portugal.

Unsere Position

Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass möglichst alle durch öffentliche Stellen erzeugten oder mit Hilfe öffentlicher Förderung entstandenen Inhalte der breiten Öffentlichkeit frei zugänglich gemacht werden.

Die Verfügbarkeit darf nicht durch Antragsverfahren, Lizenzen, Gebühren oder technische Mittel erschwert werden. Die Inhalte werden in offenen Formaten online zur Verfügung gestellt und archiviert.

Argumente

- Die Öffentlichkeit hat's bezahlt, dann soll es auch der Öffentlichkeit gehören
- Informationen sind das höchste Gut. Sie müssen allen Bürgern gleichermaßen (und frei) zur Verfügung stehen.

Ja, aber ...

... dann entgehen dem Staat ja Einnahmen?

Ja, das ist richtig. Diese müssen kompensiert werden.

... dann hat der Staat ja viel höhere Aufwände?

Ja, das ist richtig. Aber wenn Werkzeuge und Prozesse stimmen, kann man in den Verwaltungen von Heute einiges optimieren.

Leiharbeit



Unsere Position

Leiharbeit sollte – wie dies in der Vergangenheit auch schon einmal der Fall war – begrenzt werden. Wir werden dazu eine maximal erlaubte Überlassungsdauer von sechs Monaten für Leiharbeitnehmer festlegen. Die Piratenpartei wird das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) entsprechend anpassen.

Nach französischem Vorbild sollen Leiharbeiter nicht eine billige Verfügungsmasse sein, mit der reguläre Beschäftigte unter Druck gesetzt werden können, sondern für die ihnen abverlangte Flexibilität mit einem Lohnzuschlag entschädigt werden.

Zusätzlich werden wir eine Höchstquote von Leiharbeitern je Unternehmen bezogen auf die jeweilige Stammebelegschaft in Höhe von zehn Prozent einführen.

Argumente

- Keine Umgehung von Kündigungsschutz und Tarif- bzw. Mindestlöhnen
- Leiharbeit keine Konkurrenz und kein Druckmittel mehr gegen die Stammebelegschaft
- Keine Niedriglohnspirale

Ja, aber ...

Open Access



Unsere Position

Die Piratenpartei setzt sich für Zugänglichmachung des wissenschaftlichen und kulturellen Erbes der Menschheit über das Internet nach dem Prinzip des Open Access ein.

Werke, die über Steuermittel finanziert wurden, sollen der Öffentlichkeit zur freien Verwendung zur Verfügung gestellt werden.

Argumente

- Staatlich finanzierte Grundlagenforschung wird bei Erfolg in Unternehmenspatente umgesetzt und bleibt dem Gemeinwohl hinter Preisschranken verschlossen.
- Der Steuerzahler kommt also dreifach (Produktion, Qualitätssicherung, Nutzung) für die Kosten der Publikationen auf, während private Verleger den Gewinn abschöpfen.
- Die Demokratisierung der Kommunikationsinfrastruktur ist eine wichtige Stütze für die pluralistische, freiheitliche Gesellschaft.

Ja, aber ...

Nahverkehr



Unsere Position

Die Piratenpartei fordert eine Analyse der Machbarkeit eines fahrscheinfreien ÖPNVs. Wir setzen uns dafür ein, zunächst ein oder mehrere Pilotprojekte umzusetzen, die wissenschaftlich begleitet werden sollen.

Im Erfolgsfall soll der Modellversuch schrittweise bundesweit ausgedehnt werden.

Argumente

- Der fahrscheinlose Öffentliche Personennahverkehr steigert die Anziehungskraft unserer Städte auf auswärtige Besucher
- Schwach frequentierte Strecken werden wieder sinnvoll bedient
- Einkommensschwache Verkehrsteilnehmer werden entlastet
- Kosten für Fahrkartenverkauf und -kontrolle entfallen
- Vorbild belgische Stadt Hasselt
- Mobilität des Bürgers wird erhöht
- Umweltfreundliches sowie ressourcenschonendes Verkehrsangebot

Ja, aber ...

... was wird aus den Arbeitsplätzen der Kontrolleure?

Das Personal kann anderweitig, z.B. im Service, eingesetzt werden. Die Betroffenen wären unter anderem durch ein BGE vor allzu großen Nachteilen geschützt.

... wie kann sowas finanziert werden?

Die Pilotprojekte werden die Kosten und Finanzierungswege aufzeigen.

Staat und Religion



Unsere Position

Trotz der von der Verfassung garantierten Religionsfreiheit ist das Staatswesen der Bundesrepublik nicht frei von religiöser (und weltlicher) Privilegierung der traditionellen christlichen Kirchen.

Die weltanschauliche Neutralität des Staates herzustellen, ist daher eine für die gedeihliche Entwicklung des Gemeinwesens notwendige Voraussetzung. Ein säkularer Staat erfordert die strikte Trennung von religiösen und staatlichen Belangen; finanzielle und strukturelle Privilegien einzelner Glaubensgemeinschaften, etwa im Rahmen finanzieller Alimentierung, bei der Übertragung von Aufgaben in staatlichen Institutionen und beim Betrieb von sozialen Einrichtungen, sind höchst fragwürdig und daher abzubauen.

Ein staatlicher Einzug von Kirchenbeiträgen kann nicht gerechtfertigt werden.

Argumente

- Derzeit wird vom Staat hauptsächlich das Christentum bevorzugt
- Einseitige religiöse Beeinflussung an Schulen sollte beendet – Religion durch Ethik ersetzt werden.
- Kirchen werden zusätzlich zur Kirchensteuer vom Staat finanziell unterstützt
- Kirche ist ein Staat im Staat, mit eigenen Machtstrukturen, der die Freiheit seiner Mitglieder ohne Berücksichtigung der herrschenden Gesetzeslage beschränkt.

Ja, aber ...

... die Kirchensteuer finanziert viele karitative Einrichtungen
Nur etwa 5 % der Kircheneinnahmen werden direkt für soziale Zwecke ausgegeben.

... dann bekommen die Kirchen ja kein Geld mehr
Falsch. Die Kirchen können Mitgliedsbeiträge erheben wie jeder andere (gemeinnützige) Verein auch.

Transparenz



Unsere Position

Einblick in die Arbeit von Verwaltung und Politik auf allen Ebenen der staatlichen Ordnung ist ein fundamentales Bürgerrecht. Aufgabe des „Prinzips der Geheimhaltung“ zugunsten eines „Prinzips der Öffentlichkeit“ im Staatswesen. Politik als Dienstleistung für die Bürger.

Für das Recht der Bürger, auf allen Ebenen der staatlichen Ordnung Einsicht in die Aktenvorgänge und die den jeweiligen Stellen zur Verfügung stehenden Informationen zu nehmen.

Die Piratenpartei setzt sich für eine Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte ein.

Argumente

- Nur informierte Bürger können gute Entscheidungen treffen
- Staatliches Handeln und staatliche Entscheidungen werden nachvollziehbar
- Weniger Korruption, weniger Willkür
- Politik und Verwaltung sollen für die Bürger und den Staat handeln, nicht in ihrem eigenen Interesse
- Eindämmung von Polizeigewalt

Ja, aber ...

... dann ist die Nationale Sicherheit nicht mehr gewährleistet?
Mal abgesehen davon, dass sich dieser Begriff durch inflationäre Benutzung abgenutzt hat, gibt es natürlich Grenzen des "Prinzips der Öffentlichkeit".

... dann wird Polizeibeamten nachgestellt, sie oder ihre Familie bedroht?
Nein, die Kennzeichen können anonymisiert sein, müssen bei Bedarf aber den Beamten zugeordnet werden können.

Urheberrecht



Unsere Position

Wir setzen uns für ein freizügigeres Urheberrecht ein, das dem Digitalen Wandel Rechnung trägt und das in Schiefelage geratene Gleichgewicht zwischen Urhebern, Rechteverwertern und der Allgemeinheit im Umgang mit geistigen Werken wiederherstellt. Daher wollen wir das nichtkommerzielle Kopieren, Zugänglichmachen, Speichern und Nutzen von geistigen Werken nicht nur legalisieren, sondern ausdrücklich fördern, um die Verfügbarkeit von Informationen, Wissen und Kultur zu verbessern und lehnen Kopierschutzmaßnahmen wie DRM-Systeme strikt ab.

Auch die heutige Dauer der Schutzfristen bis 70 Jahre nach dem Tod des letzten beteiligten Urhebers sehen wir als zu lang an.

Argumente

- Keine Überwachungs- & Zensurtechnologien zur Rechtsdurchsetzung nötig (Vorratsdatenspeicherung, TK-Überwachung, Internetsperren)
- Keine Gängelung der Bürger durch Kopierschutzmaßnahmen oder Sperrung von Internetanschlüssen
- Mehr Mitspracherechte für Urheber gegenüber den Rechteinhabern
- Vernünftige digitale Archivierung für Bibliotheken
- Gesellschaftlicher Fortschritt durch Verbreitung von Wissen und Kultur

Ja, aber ...

... wie sollen die Künstler so Geld verdienen?

Bei jedem Geschäftsmodell sind die wesentlichen Faktoren die Bekanntheit und Verbreitung des Werkes sowie die Zahlungsbereitschaft der Kunden. Auch mit einer Lockerung des UrhG im privaten Bereich können weiterhin CDs gekauft sowie Konzerte und Kinos besucht werden. Komfortable Downloadangebote, bei denen die Einnahmen direkt an den Urheber fließen, sind der Weg in die Zukunft.